

Fakten zur deutschen Geschichte

Bei PapyRossa Köln erschienen vor kurzem zwei kleine unscheinbare Bändchen „Geschichte der BRD“ bzw. „Geschichte der DDR“, verfasst das erste von Prof. Dr. Georg Fülberth, bis 2002 Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Marburg, und das zweite von Prof. Dr. Jörg Roesler, bis 1991 Professor am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften und bis 1995 am Zentrum für Zeithistorische Forschungen in Potsdam. Hinter den doch sehr anspruchsvollen Titeln verbergen sich sehr sachliche, ziemlich faktenreiche und übersichtliche Abrisse wesentlicher Aspekte der Historie beider deutscher Staaten.

Fülberth liefert eine wissenschaftlich akribische und ziemlich objektive Darlegung der Entwicklung der Bundesrepublik nach 1945, die in Übereinstimmung mit den westlichen Besatzungsmächten die kapitalistischen Grundlagen ihrer Gesellschaft trotz gegenteiliger Forderungen in allen Parteien in der Nachkriegszeit nicht antastete und in Auseinandersetzung mit sozialen Bestrebungen im Inland und der Systemauseinandersetzung mit dem im Osten staatlich organisierten Sozialismus einen Weg fand, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse und für die Mehrheit des Volkes einen gewissen Wohlstand und damit den sozialen Frieden zu sichern, weitgehende individuelle Freiheiten zu gewähren und außenpolitisch zwischen Ost und West mitunter ausgleichend zu wirken. In den vielen im Buch aufgeführten Details der rechtlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen, man denke an die Entschuldung der BRD oder den Marshall-Plan, in der verwirrenden Vielzahl außenpolitischer Aktivitäten und internationalen Vertragsschlüssen (EWG, NATO, Ostverträge) erschließt sich dem Leser ein plastisches Bild, wie auf leisen Sohlen die Bundesrepublik Schritt für Schritt ihre ökonomische und mehr und mehr politische Dominanz in Europa aufbaute. Der Autor lässt dabei seine begründete Skepsis durchblicken, was dies für die Zukunft Europas und für das jetzt vereinte Deutschland noch bedeuten mag. Dem aufmerksamen Leser entgeht aber beim Studium der umfangreichen Fakten auch keineswegs, wie es tatsächlich zur Spaltung Deutschlands und zur Westintegration des Landes kam, welche Rolle die Sozialdemokratie bei den fortwährenden Anpassungen an nationale und internationale Entwicklungen spielte (zum Beispiel mit dem Betriebsverfassungsgesetz oder mit der Agenda 2010), warum sich die sogenannte soziale Marktwirtschaft als ein flexibles Konzept für die politische Stabilität des Landes und sich die Brandt'sche neue Ostpolitik als „Wandel durch Annäherung“ erwies. Unbeantwortet bleibt jedoch, was die wachsende Ungleichheit zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten noch für die innenpolitische Entwicklung bringen wird. Spannend ist im Buch die Interpretation des Streits zwischen Helmut Schmidt und seiner SPD im Hinblick auf die Raketenstationierung in Westeuropa und der Entstehung der westdeutschen Friedensbewegung. Der parteiische biografische Hintergrund des Verfassers wird aber wohlthuend allenfalls darin deutlich, dass er im Gegensatz zu anderen Historikern nicht die Aktivitäten der westdeutschen Kommunisten und deren Verfolgung per Parteien- oder Berufsverbot durch den bürgerlichen Staat verschweigt.

Ähnlich faktenreich sind die Darlegungen von Roesler über die gegensätzliche Entwicklung in der DDR, in der die Abkehr von den früheren kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen und die Konstruktion einer neuen sozialistischen Gesellschaft versucht wurden. Er handelt dies vor allem an der Wirtschaftsgeschichte des kleineren deutschen Staates ab. Dabei wählt er als Ausgangspunkt zwei machtpolitische Gründungsprämissen der DDR: Einerseits das ungeliebte Kind der Sowjetunion

zu sein (die eigentlich ganz Deutschland unter ihren Einfluss wünschte) und andererseits sich als politische und soziale Alternative zur BRD zu etablieren. Dass die DDR ihre Legitimation auch aus dem Wunsch vieler Deutscher nach Überwindung der Kriegsfolgen, nach dauerhaftem Frieden und einer antifaschistischen Entwicklung bezog, wird dabei allerdings genauso ausgeblendet wie die Aufrüstung der BRD, ihre Einbindung in die NATO und EU, ihre Westbindung überhaupt, ebenso die Integration der DDR in den Warschauer Vertrag und in den RGW. Die weltpolitische Auseinandersetzung innerhalb der Ost-West-Konfrontation im Kalten Krieg wird allenfalls am Rande erwähnt. Die Objektivität seiner Darlegungen erfährt auch eine wesentliche Einschränkung dadurch, dass er besonders subjektive Faktoren hervorhebt. Er meint, in allen Perioden der DDR-Geschichte einen stetigen Konflikt zwischen „Konservativen“ (Verfechter des sowjetischen Sozialismus-Modells) und „Reformern“ (Verfechter einer flexiblen DDR-Anpassung des Modells) auszumachen. Die Zuordnung der handelnden politischen Führungspersonen wird dem Leser dabei nicht leicht gemacht, weil nicht klar wird, wofür nun Ulbricht und Honecker, Rau, Mittag und andere eigentlich stehen, sodass offensichtlich zum Ende der DDR tragikomisch „Konservative“ und „Reformer“ beide gemeinsam direkte Schuld am Untergang tragen. Für die DDR objektiv gegebene Umstände werden bei solcher Sicht bis auf wenige Ausnahmen völlig ausgeblendet. So findet das Maß der Zerstörung auf DDR-Gebiet, die strukturelle Rohstoffknappheit, die Trennung von den Ressourcen der Grundstoffindustrie im Westen Deutschlands, die politisch nur mögliche Kooperation mit ebenfalls vom Krieg schwer zerstörten Ländern im Osten keinerlei Erwähnung. Die Bereitstellung ökonomischer Ressourcen der DDR für die Verteidigung im Rahmen des Warschauer Vertrags und die Sowjetarmee auf ihrem Territorium hat es für Roesler offensichtlich genauso wenig gegeben wie die Aufbauhilfe für die BRD mittels Marshall-Plan der USA. Das Embargo des Westens gegenüber der DDR wird von ihm gar ziemlich verniedlicht dargestellt. Die machtpolitische Relevanz Moskauer Entscheidungen für die Entwicklung in der DDR wird verkannt. So kommt es, dass bei Roesler der „Neue Kurs“ der SED 1953 einzig als ein Befehl der sowjetischen Führung erscheint, die Schließung der Grenze zu Westberlin 1961 aber nur als alleinige wirtschaftspolitische Entscheidung der DDR, was mit der historischen Wahrheit über den „Mauerbau“ nur wenig zu tun hat. Dass die Sowjetunion 1972 verlangte, die eigentlich effektiven „kapitalistischen“ halbstaatlichen Betriebe in der DDR zu liquidieren, hätte ebenso erwähnt werden müssen wie die Entscheidung der UdSSR, 1982 den Erdölexport in die DDR um 10 Prozent zu kürzen, was diese zwang, Braunkohle statt Erdöl einzusetzen und damit die Umwelt weiter zu schädigen.

Der Autor enthält sich der Stimme bei der wichtigen Frage, warum es der DDR letztlich nicht gelingen konnte, in der Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat eine höhere Arbeitsproduktivität zu erreichen. Weder das Volkseigentum noch das genossenschaftliche Eigentum, weder ideologisch stimulierte Massenmobilisierungen in Brigaden oder Wettbewerben, weder ideelle oder materielle Stimuli vermochten es, ein solches „Eigentümergeist“ zu erzeugen, das dem kapitalistischen Prinzip der Ausbeutung und Konkurrenz eine höhere eigene Arbeitsleistung und damit einen entsprechenden Lebensstandard entgegensetzen konnte, die den Sozialismus für die Menschen für immer attraktiv hätte machen können. Roesler meint, dass die SED bei der Verheißung wirtschaftlichen Erfolgs vor allem dann Zustimmung erlangte, wenn sie am sogenannten „Egalitätsprinzip“ (Gleichheit auf niedrigem Niveau) festhielt, und ihr die Zustimmung dann versagt blieb, wenn sie davon abwich. Er übt auch Kritik daran, dass beim propagierten Konsumziel der Verbrauch eines kapitalistischen Staates als Maßstab genommen wurde (Was eigentlich denn sonst in dieser Auseinandersetzung?). Dass sich nach Befriedigung vieler Grundbedürfnisse in der Bevölkerung differenziertere Interessen und Wünsche ausprägen mussten – natürlich auch

maßgeblich durch westliches Konsumverhalten geprägt und durch die Sparguthaben der DDR-Bürger gedeckt – diesen objektiven Widerspruch bei der Durchsetzung des Leistungsprinzips „übersah“ wohl aus Mangel an Befriedigungsmöglichkeiten die Parteiführung und lässt auch Roesler außerhalb seiner Betrachtungen. Letztlich führte dies aber zu der von anderen Historikern als „Wirtschaftsflucht“ bezeichneten Zustand im Sommer 1989.

Im Hinblick auf die DDR-BRD-Konkurrenz gibt es bei Roesler keinerlei Betrachtungen über die realen Chancen der DDR unter den Bedingungen einer gespaltenen Nation. Es befremdet schon, dass die historische Reihenfolge der Ereignisse, die zur Bildung von zwei deutschen Staaten führten, wonach die DDR eine Antwort auf die BRD-Gründung war, nicht bei Roesler, sondern nur bei Fülberth korrekt dargelegt wird. Dass gerade Ende der 1960er-Jahre in Verbindung mit dem DDR-Volksentscheid zur neuen Verfassung in der DDR über die deutsche Nation eine intensive Diskussion geführt wurde, unterschlägt Roesler. Den Vorschlag der DDR für eine gesamtdeutsche Konföderation Ende der 1950er Jahre gibt es bei ihm ebenso wenig wie den Dialog zwischen Stoph und Brandt 1970 in Erfurt und Kassel, darüber erfährt man nur etwas bei Fülberth.

Die Autoren bemühen sich, auch Fakten aus den nichtökonomischen Bereichen der beiden Gesellschaften zu liefern. So berichtet Fülberth gedrängt z. B. über die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der BRD 1968, über den RAF-Herbst 1977, über die Unterschiedlichkeit der politischen Strömungen in der BRD und das Aufkommen der Grünen, über Änderungen der Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch, zum Paragraph 175, zum Familienrecht, zur Entwicklung des föderalen Bildungssystems, zur Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, für die Integration Behinderter. Roesler reflektiert durchaus etwas über das einheitliche Bildungssystem und die kulturelle Szene, lässt dagegen die umfassenden Gesetzeswerke der DDR zum Sozialsystem, zur Jugend, zum Arbeitsrecht, zum Zivilrecht, zum Strafrecht, gegen Ende der DDR auch zum Schutz der Umwelt außerhalb seiner Betrachtungen. Auch haben für ihn das Gesetz über die Schwangerschaftsunterbrechung in der DDR und die sozialpolitischen Maßnahmen von 1972 nur geringe Bedeutung. Die unterschiedliche Auseinandersetzung in beiden deutschen Staaten mit dem deutschen Faschismus scheint mir allerdings in beiden Bänden etwas unterbelichtet.

In beiden Büchern werden die rechtlichen Grundlagen des Beitritts der DDR zur BRD mit allen ökonomischen und sozialen Folgen für ihre Bürger kritisch erörtert. Fülberth schildert die anschließende Entwicklung der BRD im Rahmen der Europäischen Union und den Ausbau der BRD-Präsenz in dieser. Roesler würdigt am Schluss seines Buches die historische Berechtigung des Sozialismus-Versuchs in der DDR und plädiert dafür, sich mit deren Erfahrungen gründlicher zu befassen. Er wagt gar das Gedankenexperiment, was es dem vereinten Deutschland gebracht hätte, wenn nicht alle Erfahrungen der DDR auf dem Müll geworfen worden wären.

Beide Autoren haben so unaufgeregte und sachliche Diskussionsbeiträge in die historische Debatte über die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert eingebracht. Ihnen und dem Verlag gebührt dafür Dank.

Eberhard Aurich

Georg Fülberth
Geschichte der BRD
ISBN 978-3-89438-500-2
Papyrossa Köln
9,90 EUR

Jörg Roesler
Geschichte der DDR
ISBN 978-3-89438-499-9
Papyrossa Köln
9,90 EUR

Lieber Eberhard,

habe Dank für Deine so informativen Buchtipps, die auf Dinge aufmerksam machen, die sonst vielleicht an einem vorbeirattern würden. Ich habe inzwischen die beiden Bücher zur Geschichte der DDR und BRD gelesen und stimme Deinem Urteil sehr zu. Auch wenn „unfaktische“ - sprich spekulative - Geschichtsbetrachtungen ihre Probleme haben, fand ich das am Buchende bei Roesler interessant. Das Problem ist nur, wer - vor allem von der Jugend - wird wirklich zum Lesen angeregt? Umso besser, wenn alle Interpretations- und Hinweischancen genutzt werden. Nochmals, lieber Eberhard, herzlichern Dank.

Hartmut König